

Sperrfrist 22.09.2010, 16.45 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

Nikolaus Landgraf
DGB-Landesvorsitzender

Rede

**Funktionärskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg
am 22.09.2010, Sindelfingen**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

dieses Land gerät zunehmend in eine soziale Schiefelage.

Jörg Hofmann und die Videobotschaft von Berthold Huber haben dies eindrucksvoll verdeutlicht.

Kurz zusammengefasst heißt das Programm von Schwarz-Gelb: Die Verursacher der Finanzkrise werden geschont und die Opfer der Krise belastet. Die Spaltung der Gesellschaft wird größer.

Das muss uns als Gewerkschaften auf den Plan rufen. Diese unsoziale Politik muss gestoppt werden!

Die Gewerkschaften mobilisieren in diesem Herbst mit vielen regionalen und betrieblichen Aktionen.

Die Aktionen sollen am 13. November mit einer großen Kundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz zusammengeführt werden und einen eindrucksvollen Höhepunkt finden.

Unser Motto dafür lautet: „Deutschland in Schiefelage -Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit“.

Reden wird u.a. auch Berthold Huber.

Wir wollen zeigen, was wir von dieser Art von Politik halten – nämlich gar nichts!

Wir wollen dabei auch die Landesregierung nicht schonen.

Schon als designierter Ministerpräsident hat Stefan Mappus verkündet: „Wenn wir aus den Sozialhaushalten nicht in erheblichem Umfang einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bringen können, dann werden wir es nicht schaffen.“

Andersrum wird ein Schuh daraus:

Die Landesregierung soll sich lieber für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer – eine Landessteuer – stark machen, für eine höhere Besteuerung großer Erbschaften, für eine Finanztransaktionssteuer, für einen höheren Spitzensteuersatz, für mehr Steuerprüfungen – und dafür, dass das Geld der Steuerzahler auch sinnvoll ausgegeben wird.

Inzwischen müht unser Ministerpräsident sich nach Kräften, das Sparpaket der Bundesregierung schön zu reden.

Wer das Sparpaket kaltherzig nennt, lügt, sagt er.

Starke Worte, aber leider völlig daneben.

Es reicht nicht, dass eine Regierung regiert. Sie sollte es auch gut tun!

Ein energischer Auftritt ersetzt keine starke Politik.

Wie jämmerlich schwach ist doch eine sich christlich nennende Politik, die bei den unsozialen Kürzungen trotz breiter Kritik standhaft bleibt, aber gleichzeitig bereitwillig die Lobbyinteressen von Pharmakonzernen, Privatversicherungen und Energiekonzernen bedient.

Beispiel gefällig? Heute soll der höchst unsolidarische Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Gesundheitsreform im Kabinett beschlossen werden. Anfang Dezember soll er im Bundestag verabschiedet werden.

Was hier ansteht, erfordert ebenso wie das Sparpaket unsere entschiedene Gegenwehr:

Die gesetzlich Versicherten werden im nächsten Jahr mit einer Beitragserhöhung auf 15,5 Prozent zur Kasse gebeten. Der Arbeitgeberbeitrag wird bei 7,3 Prozent festgeschrieben, künftige Kostensteigerungen zahlen allein die Versicherten – die Kopfpauschale lässt grüßen. Außerdem wird der Wechsel in die Privatkassen erleichtert mit der Folge, dass die gesetzlichen Krankenkassen junge und gesunde Mitglieder verlieren werden. Für die restlichen steigen die Kosten. So blutet man die GKV aus.

Das Paket ist der endgültige Abschied von der solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens.

Diese zutiefst unsolidarische Gesundheitspolitik, die lediglich Klientelpolitik für die PKV und die Arbeitgeber ist, müssen wir entschieden bekämpfen.

Wir fordern die Wiederherstellung der vollen paritätischen Beitragsgestaltung in der GKV und eine Bürgerversicherung, an der sich alle beteiligen.

Pure Klientelpolitik ist auch der große Deal, den die Bundesregierung mit den Energiekonzernen plant.

Die Verlängerung der Restlaufzeiten alter, längst abgeschriebener, Atommeiler, soll den Energiekonzernen horrend zusätzliche Milliardengewinne in die Kassen spülen.

Neckarwestheim I geht danach 2019 vom Netz, Philippsburg I 2020, Philippsburg II 2032 und Neckarwestheim II 2032.

Unser Ministerpräsident hätte sie gerne noch länger laufen lassen – gegen den Willen der großen Mehrheit der Baden-Württemberger, wie Umfragen belegen.

Laufzeitverlängerung ist keine energiepolitische Brücke, sondern eine Sackgasse – zu Lasten der Sicherheit, der Umwelt und der vielen Stadtwerke, die mit ihrem Strom dann nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Dagegen werden wir schon am Mittwoch, den 6. Oktober, in Stuttgart gemeinsam mit Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und Parteien demonstrieren.

Ich rufe euch auf: Macht mit bei der geplanten Umzingelung des Landtags in Stuttgart. Dass den Regierenden die Ohren klingeln!

Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden!

Auf der CDU-Regionalkonferenz im badischen Bühl sagte Mappus kürzlich: „Ich habe etwas gegen Populismen“. Gemeint hat er damit aber nicht sich, sondern die Ankündigung der SPD, gegen die verlängerten Laufzeiten von Atomkraftwerken vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, weil der Bundesrat nicht beteiligt werden soll.

Was aber macht unsere Landesregierung angesichts dramatisch schlechter Umfragewerte?

Die Landesregierung steht laut Umfragen mit dem Rücken an der Wand.

Herr Mappus hat sich deshalb den früheren Pressesprecher von Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch zur Verstärkung ins Staatsministerium geholt.

Und was passiert ein paar Tage nach dessen Dienstantritt? Prompt beginnt Mappus – wie einst Roland Koch - mit populistischen Anti-Ausländerparolen Vorurteile und Sozialneid zu schüren.

So warnt er vor einer „ungesteuerten Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ – als wenn es das gäbe! Das ist nicht nur Unsinn, das ist Feuer an die Lunte legen.

Ich warne den Ministerpräsidenten: Wenn Sie glauben, angesichts miserabler Umfragewerte das schäbige hessische Spiel mit dem Feuer der Ausländerfeindlichkeit auch in Baden-Württemberg anzetteln zu können, dann werden Sie die Quittung der Wähler bei der Landtagswahl am 27. März bekommen.

So dumm sind die Baden-Württemberger nicht, um nicht zu merken, dass hier jemand, dem das Muffensausen geht, mit dem Schüren von Ressentiments gegen Ausländer im Trüben fischen möchte!

So etwas leitet nur Wasser auf die Mühlen der Rechten. Und es schadet unserer politischen Kultur!

Wir lassen uns nicht mit Anti-Ausländer-Sprüchen ablenken von einer falschen Politik!

Wir wollen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit – damit Deutschland nicht noch mehr in die Schiefelage kommt.

Wir sehen uns in Stuttgart – am 8. Oktober und am 13. November!
Ich zähle auf euch!